

## Liga FA Soziales am 7.9.2017, 9:30 – 11:30h

**Ort:** Diakonisches Werk Berlin Brandenburg Schlesische Oberlausitz, Paulsenstr. 55/56, 12163 Berlin

**Teilnehmerinnen:** Frau Zimmermann (DW), Frau Müller (AWO), Frau Golletz (DRK), Frau Meyer (DPW)

**entschuldigt:** Frau Davidow (JG)

**Moderation und Protokoll:** Frau Hockertz (CV)

### **TOP 1 Begrüßung, Ergänzung und Festlegung der Tagesordnung und Protokollerstellung**

Das Protokoll wird ohne Änderungen verabschiedet.

Die Tagesordnung wird ergänzt um den neuen TOP 5 Schuldnerberatung

### **TOP 2 Unabhängige Sozialberatung – Anlage Mindeststandards**

Im Haushalt 2018/2019 sind 1,2 Mio in den Bezirkshaushalten für USB eingestellt. Ob dies tatsächlich 100T pro Bezirk bedeutet, ist zurzeit nicht klar. Für 2019 wurde eine 1,9% Steigerung eingerechnet. Die Bindung an den Einzelplan 27, S. 219, soll ermöglichen, dass das Geld nur zweckbestimmt ausgegeben wird. Das ist mit den Bezirken zu besprechen.

In der nächsten AG Spitzenverbandsförderung wird diskutiert werden, wie die Förderung zu verteilen ist und ob es einen Abgleich mit den DKLB Mitteln geben wird. Das kann die Liga nicht befürworten. Die Ergebnisse der AG Spitzenverbandsförderung wird Frau Golletz an die FA Mitglieder weiter geben.

Die Anlage Mindeststandards soll derzeit nicht weiter verfolgt werden.

Auf der Landes Liga Ebene sieht es so aus, dass das Thema jetzt in den Trägerverbänden / der Regionalleiterebene umgesetzt werden wird. Der Liga FA Soziales nimmt das Thema spätestens bei neuen Haushaltsberatungen wieder auf.

### **TOP 3 Wohnen**

Es ist zu beobachten, dass soziale Träger aus der Innenstadt an den Stadtrand gedrängt werden. Trägerwohnungen mit den Gewerbemieten, SKF Beratungsstelle, Familiennotübernachtung für 35 Personen finden keine geeigneten Gewerberäume. Des Weiteren haben es einige Personengruppen besonders schwer Wohnraum zu finden, z. B. Geflüchtete. Es wird erwogen, eine Pressemitteilung der Liga zum Thema Verdrängung sozialer Träger vorzubereiten. In der nächsten Sitzung (26.10.) werden die Recherchen innerhalb der Verbände zusammengetragen.

Für 5-6 Traglufthallen für die Kältehilfe, möglicherweise ganzjährig ist nicht nur die Standortfrage offen. Das Für und Wider wird diskutiert. Unterschiedliche Auffassungen in den Verbänden. Einigkeit darüber, dass gute Standards vereinbart werden müssen. Es soll kein Subsystem geschaffen werden.

In der „Gemeinschaftsordnung – Bestimmungen über das Verhältnis der Eigentümer untereinander und die Verwaltung“ der wohnen im eigentum – die wohneigentümer e.V. findet sich folgender Passus:

„§ 2 Zweckbestimmung

- (1) Die Wohnanlage dient Wohnzwecken. Die Gewerbeeinheiten können zu Handel und Gewerbe, zu Dienstleistungen, als Büro oder Praxis genutzt werden. Die Erbringung von Tanzdarbietungen, sexuell ausgerichteten Diensten oder die Erbringung von

Angeboten an Wohnsitzlose oder Drogenabhängige ist wegen des im Vordergrund stehenden Wohncharakters nicht zulässig.“

<https://www.wohnen-im-eigentum.de/gemeinschaftsordnung>

Der Liga FA wird sich in der nächsten Sitzung mit dem Sachverhalt beschäftigen und ihn bewerten, wie mit der Diskriminierung umzugehen ist.

#### **TOP 4 Arbeitsmarkt**

AWO und DW haben gemeinsam mit dem BVVA ein Gespräch mit der arbeitsmarktpolitischen Sprecherin der Linken, Katina Schubert, geführt, in welchem die Themen der öffentlich geförderten Beschäftigung, Positivliste sowie der Doppelhaushalt 18/19 relevant waren. Im Anschluss daran erfolgte das Gespräch mit dem arbeitsmarktpolitischen Sprecher der SPD, Lars Düsterhöft. Er betonte, dass die drei Regierungsparteien stärker an arbeitsmarktpolitischen Themen arbeiten sollten. Neben den Themen ÖGB, Haushalt und Positivliste wurde auch die Zielgruppe der Menschen thematisiert, die von den Aktivierungsangeboten der Jobcenter nicht profitieren können. Das Gespräch mit Sabine Bangert wird zeitnah stattfinden. Zukünftig, werden zu verschiedenen Themenschwerpunkten mit allen drei arbeitsmarktpolitischen Sprecher\*innen der Regierungsfractionen Gespräche anvisiert.

Die Kooperationsvereinbarung zwischen der Regionaldirektion Berlin Brandenburg und der Liga zur Zusammenarbeit bei der Integration von erwachsenen Zuwanderern wurde am 17.08.2017 unterschrieben.

#### **TOP 5 Schuldnerberatung**

Frau Müller macht auf die E-Mail der BAGFW an die Landesligen für statistische Erfassung des Bedarfs von Schuldnerberatungen aufmerksam. Es soll durch die BAGFW untersucht werden, wie hoch der Bedarf an Schuldnerberatungsleistungen ist und in welchem Umfang er durch das bestehende System gedeckt werden kann. Die Länder Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz interessieren sich. Der Liga FA befürwortet die Erhebung, kann sie aber mit den wenigen zur Verfügung stehenden Ressourcen nicht selbst umsetzen und empfiehlt, die Aufgabe an ein wissenschaftliches Institut heran zu tragen.

#### **TOP 6 Aktuelles aus den Verbänden, der LAG SiB und der lak**

Zeitgleich mit dem Liga FA werden die 10 Gebote der KAGW veröffentlicht, die Pressekonferenz findet mit livestream statt.

<http://www.kagw.de/>

<https://www.caritas-berlin.de/presse/pressemitteilungen/raus-aus-dem-schatten-wohnungsnot-muss-thema-im-kanzleramt-werden-6ed22343-9997-445f-bed3-6dbba2b80748>

Lak Wir kommen wählen! Es haben einige Veranstaltungen im Vorfeld der Bundestagswahl stattgefunden: <https://www.landesarmutskonferenz-berlin.de/home/wir-kommen-w%C3%A4hlen/>

Auf das LAG SiB Schreiben kam bisher eine Rückmeldung eines Abgeordneten, der einen eigenen Weg aufzeigte. Die sozialpolitischen Sprecher der Fraktionen sollen angefragt werden, ob sie weitere Informationen brauchen.

Zuwendungen im Bereich Justiz – Titel für Straffälligen und Opferhilfe Mehrbedarf für Tarifanpassungen fehlt bei einigen Projekten. Als Berechnungsgrundlage für die im Haushaltsentwurf enthaltenen Ansätze für 2018/2019 dienten die ursprünglich angesetzten Zuschüsse für das Jahr 2017, inzwischen sind aber nachträgliche Erhöhungen vorgenommen worden. Die aufgeführten Projekte sind nicht nach Trägern unterscheidbar, der konkrete Mehrbedarf ist daher nicht bekannt. Hochrechnungen führen aber zu einem geschätzten Gesamtbedarf von mindestens etwa 100.000 EURO pro Jahr T. Der

Paritätische Landesverband fordert in einer entsprechenden Stellungnahme die Neuberechnung der Ansätze und eine entsprechende Erhöhung im Haushaltsplan 2018/2019.

### **TOP 6 Verschiedenes**

Für die nächste Sitzung

- Verdrängung der sozialen Träger aus der Innenstadt
- Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt
- Termine 2018
- Themensammlung

Berlin, 25.9.2016  
Gabriela Hockertz